

Aktionsprogramm Handwerk 2018 - 2020

Vorwort

Aktionsprogramm Handwerk 2018-2020

Die Stimmung im Berliner Handwerk ist gut, die Auftragsbücher sind prall gefüllt: mehr als 29.500 Handwerksbetriebe in der Hauptstadt bieten rund 180.000 Beschäftigten einen Arbeitsplatz, mehr als 9.500 Auszubildenden sichert das Handwerk mit einem Ausbildungsplatz eine berufliche Perspektive. Das Berliner Handwerk ist mit seinen leistungsfähigen Innungen ein bedeutender Partner und Innovationstreiber für den Wirtschaftsstandort Berlin.

Die FüÙe still zu halten, das ist nicht Sache des Handwerks. Genau jetzt, unter wirtschaftlich stabilen Bedingungen, sollen Voraussetzungen geschaffen werden, die den Standort Berlin nachhaltig stärken und Berliner Handwerksbetrieben auch künftig ein sicheres Fundament bieten.

Mit dem „Aktionsprogramm Handwerk 2018-2020“ setzen der Berliner Senat und das Berliner Handwerk ihre intensive und erfolgreiche Zusammenarbeit der vergangenen Jahre fort. Gemeinsam werden konkrete Maßnahmen umgesetzt, innovative Lösungen entwickelt und die für die Stadt so wichtigen Fachkräfte gewonnen und gebunden. Zugleich wird die Wahrnehmung von „Handwerk“ in der Öffentlichkeit gestärkt.

Die 33 konkreten Einzelmaßnahmen sollen im Zeitraum von 2018 bis 2020 in Kooperation zwischen dem Berliner Handwerk und dem Berliner Senat umgesetzt werden.

Dieses Aktionsprogramm ist unter gemeinsamer Federführung des Senats von Berlin, der Handwerkskammer Berlin und aktiver Beteiligung der Arbeitnehmervertreterinnen und -vertreter sowie der Berliner Handwerksinnungen entstanden.

Berlin, im März 2018

Maßnahmenübersicht

1.	Innovatives Handwerk	5
1.1.	Handwerk 4.0: Digitale Kompetenz des Handwerks stärken.....	5
1.2.	Attraktivität der öffentlichen Auftragsvergabe steigern	5
1.3.	Digitalisierung und Zentralisierung von Antrags- und Genehmigungsverfahren	6
1.4.	Gemeinsame Initiative zur Bewerbung der E-Vergabe.....	6
1.5.	Unterstützung der Innovationsfähigkeit von Klein- und Kleinstbetrieben	7
1.6.	BIM-Referenzprojekt für das Gebäudemanagement	8
2.	Vielfältige Chancen im Handwerk.....	9
2.1.	Inklusionskompetenz im Handwerk stärken – Ausweitung der Öffentlichkeitsarbeit	9
2.2.	Runden Tisch zum Thema Inklusion etablieren.....	9
2.3.	Leitfaden für die Ausbildung und Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen in Handwerksbetrieben	10
2.4.	Grundschülerinnen und Grundschulern Einblicke in die Arbeitswelt ermöglichen.....	10
2.5.	Workshop und Vernetzung für engagierte Gesellinnen	11
2.6.	Informations- und Vernetzungsangebot für Unternehmerinnen im Handwerk	11
2.7.	Betreuungszeiten in Kitas, Horten und in der Kindertagespflege	12
2.8.	Teilzeit in Vollzeitbeschäftigung umwandeln	12
2.9.	Gleichwertigkeit akademische/ duale Ausbildung verbessern	13
2.10.	Qualifizierungsangebote für geflüchtete Menschen kontinuierlich weiterentwickeln	13
2.11.	Arrivo Servicebüro für Betriebe verstetigen	13
2.12.	Berlin braucht dich!	14
3.	Nachhaltiges Handwerk	14
3.1.	Kunsthandwerk und Design stärken	14
3.2.	Initiative zur gewerblichen Standortsicherung und Flächenvorsorge	15
3.3.	Verpflichtenden hydraulischen Abgleich einführen	15
3.4.	Brennwertcheck – Optimierung von Brennwertheizungen	16
3.5.	Initiative zur Vermeidung von Einwegbechern	16
3.6.	Handwerker-Ticket im ÖPNV– Attraktivität steigern	17
3.7.	Ehrenamt im Handwerk stärken	17
3.8.	Reparaturnetzwerk aufbauen	18

4.	Zukunft Handwerk	18
4.1.	Informationszentrum Handwerksberufe aufbauen	18
4.2.	Tag der offenen Werkstätten	18
4.3.	Leistungsfähigkeit der OSZ für die Aufgaben in der Dualen Ausbildung erhalten	19
4.4.	Leistungsklassen - Einführung des Berufsabiturs	19
4.5.	Öffentlichkeitsarbeit für das Handwerk	19
4.6.	Stärkung der Kontrollgruppe nach dem Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetz	20
4.7.	Bekämpfung von Schwarzarbeit	20

1. Innovatives Handwerk

1.1. Handwerk 4.0: Digitale Kompetenz des Handwerks stärken

Ziel und geplante Maßnahme

Bislang fühlen sich viele Handwerksbetriebe im digitalen Wandel unsicher. Es bedarf gebündelter Informations- und Beratungsangebote, um einen individuellen Zugang zur Digitalisierung zu finden. Die von der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe geplante Digitalagentur ist zentrale Anlaufstelle auch für das Berliner Handwerk. Für Handwerksbetriebe bietet die Digitalagentur praktische Hilfestellungen an für:

- Digitale Technologien und Geschäftsprozesse zum Anfassen
- Durchführung eines digitalen Reifegradchecks
- Informations-, Mittler- bzw. Lotsenfunktion in Bezug auf Fördermöglichkeiten
- Beratungsstelle für Cyber-Sicherheit
- Vernetzung und Unterstützung der Partnersuche – regional, national und international
- Online-Informationsbereitstellung über eine digitale Plattform
- Informations- und Erfahrungsaustausch

Beteiligt

- Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Innung des Kraftfahrzeuggewerbes Berlin
- Maler- und Lackiererinnung Berlin

1.2. Attraktivität der öffentlichen Auftragsvergabe steigern

Ziel und geplante Maßnahme

Sowohl die öffentlichen Auftraggeber als auch Betriebe des Bauhandwerks klagen über den wachsenden bürokratischen Aufwand. Für Handwerksbetriebe verlieren öffentliche Bauaufträge vor allem bei der derzeit guten Konjunktur immer mehr an Attraktivität. Öffentliche Vergabestellen haben inzwischen erhebliche Schwierigkeiten eine ausreichende Anzahl von Bietern bei Ausschreibungen zu finden. Ausschreibungen müssen wiederholt werden. Der bürokratische Aufwand steigt. Zu prüfen ist, inwieweit mittels nachfolgender Maßnahmen eine Steigerung der Attraktivität denkbar ist.

Das Unternehmer- und Lieferantenverzeichnis (ULV) der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen sollte weiterentwickelt werden, damit ergänzende Nachweise, Eigenerklärungen und Formulare elektronisch hinterlegt und mit der elektronischen Auftragsvergabe verknüpft werden können.

Als Vorbild kann hier die aktuell in der Abstimmung befindliche elektronische Abfragemöglichkeit der ULV-Stelle zur Überprüfung der aktuellen Eintragung eines Betriebes bei der Handwerkskammer Berlin dienen.

Beteiligt

- Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen

1.3. Digitalisierung und Zentralisierung von Antrags- und Genehmigungsverfahren

Ziel und geplante Maßnahme

Berlins öffentliche Verwaltung steht unter erheblichem Modernisierungsdruck. Sie muss nicht nur den Anforderungen einer stark wachsenden, internationalisierten Metropole gerecht werden, sondern auch den Ansprüchen einer innovativen und schnell wachsenden Wirtschaft.

Mit Inkrafttreten des Berliner E-Government-Gesetzes zum 10.06.2016 wurden die rechtlichen Grundlagen und Verpflichtungen für eine umfassende Digitalisierung des Verwaltungshandelns gelegt, welche insbesondere auch den Ausbau des Angebots an digitalen Verwaltungsdienstleistungen beinhalten.

Neben dem Angebot für Bürgerinnen und Bürger ist dabei ein besonderes Augenmerk auf die Bedarfe der Wirtschaft bzw. der Unternehmen zu legen, da die in diesem Bereich zu verzeichnenden deutlich höheren Fallzahlen - durchschnittlich 130 Verwaltungskontakte hat jedes Berliner Unternehmen pro Jahr - zu einer schnellen Amortisierung von Investitionen in die digitale Infrastruktur, zur Beschleunigung der Prozesse und zu einer spürbaren Entlastung von Wirtschaft und Verwaltung führen.

Hierzu werden Handwerkskammer und IHK Berlin in Kooperation mit der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe und der Senatsverwaltung für Inneres und Sport wirtschaftsbezogene Antrags- und Genehmigungsverfahren identifizieren, die für eine nutzerorientierte und bedarfsgerechte Digitalisierung besonders geeignet sind. Als Kriterien für eine priorisierte Umsetzung werden vor allem die Häufigkeit der Leistungen, die schnelle Realisierbarkeit und die Möglichkeiten der Standardisierung angelegt. Die Umsetzung erfolgt unter Verwendung der im Land Berlin bereitgestellten einheitlichen IKT-Komponenten bzw. -Basisdienste (insbesondere Service-Portal, Service-Konto, Digitales Antragsmanagement und E-Payment).

Beteiligt

- Senatsverwaltung für Inneres und Sport
- Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe

1.4. Gemeinsame Initiative zur Bewerbung der E-Vergabe

Ziel und geplante Maßnahme

Das E-Vergabeverfahren soll im Rahmen einer gemeinsamen Kampagne kommuniziert werden. In Sensibilisierungs-, Weiterbildungs- und Beratungsangeboten zur Qualifizierung der Betriebe sollen Einstiegshürden abgebaut und Akzeptanz aufgebaut werden. Das Verfahren selbst soll durch Sicherstellung durchgängiger und medienbruchfreier Online-Kommunikation zwischen Vergabestellen und Betrieben, z.B. die Möglichkeit, Formulare, Anträge, Bescheinigungen online auszutauschen, optimiert werden.

Beteiligt

- Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen

1.5. Unterstützung der Innovationsfähigkeit von Klein- und Kleinstbetrieben

Ziel und geplante Maßnahme

Klein- und Kleinstbetriebe des traditionellen Handwerks sind Meister ihres Fachs, benötigen aber auf dem Weg zur Entwicklung innovativer Geschäftsmodelle Unterstützung sowohl im Bereich digitaler Technologien als auch bei Methoden zu deren erfolgreicher Einführung. Digitale Start-ups wenden eben diese innovativen Methoden an und besitzen digitale Expertise. Wenn es um handwerksnahe Geschäftsmodelle geht, fehlt den digitalen Start-ups jedoch häufig das handwerkliche Know-how.

Durch das Zusammenbringen von traditionellem Handwerk und digitalen Start-ups soll gegenseitiges Verständnis und die Bereitschaft zur Kooperation geweckt werden. Das dient der gemeinsamen Erschließung neuer Geschäftsfelder unter Einsatz digitaler Lösungen für das Handwerk und bereichert die Berliner Start-up-Szene inhaltlich. Es entsteht eine echte Win-win-Situation.

Folgende Maßnahmen sollen die Kooperation zur Entwicklung neuer Geschäftsmodelle unterstützen:

- Veranstaltungsformate „Handwerk trifft Start-up“ (Workshops, Projektwerkstätten)
- Angebote zum Erlernen und Anwenden innovativer Methoden, u.a. Nutzung von Innovations-Labs
- Unterstützung der Aktivitäten durch die Berlin Start-up-Unit
- Initiierung von Wettbewerben, z.B. im Rahmen der Berliner Start-up-Night

Beteiligt

- Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Landesverband Berlin Unternehmerfrauen im Handwerk (UFH)

1.6. BIM-Referenzprojekt für das Gebäudemanagement

Ziel und geplante Maßnahme

Zum Aufbau und für die Erprobung eines Building Information Modeling (BIM)- Referenzmodells bedarf es der Zusammenarbeit von Wissenschaft, Handwerk und Verwaltung.

Ziel ist es, das Building Information Modeling (BIM) als wichtigen Baustein einer modernen, digitalen Gebäudeplanung und eines realen Gebäudebetriebs in Berlin anschaulich zu verbreiten und damit für alle an der Errichtung, Sanierung und Unterhalt beteiligten Berufsgruppen ein Referenzmodell zu schaffen.

Zur Nutzung für die Aus- und Weiterbildung im Handwerk soll ein umfassendes Building Information Modeling (BIM) - Modell aufgebaut und erprobt werden. Dieses soll sowohl als betriebsfähiges Modell für die Aus- und Weiterbildung zum Thema „BIM“ als auch für die Beratung unterschiedlicher Zielgruppen und insbesondere von Handwerkerinnen und Handwerkern dienen.

Bei der Umsetzung des Projektes sollen weitere relevante Partner eingebunden werden. Ob es sich dabei sinnvollerweise um ein Neubau-Referenzmodell oder aber ein Bauprojekt im vorhandenen Gebäudebestand handeln wird, wird noch gemeinsam mit den maßgeblichen Akteuren der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen sowie der BIM Berliner Immobilienmanagement GmbH abzustimmen sein.

Beteiligt

- Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen
- Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM)

2. Vielfältige Chancen im Handwerk

2.1. Inklusionskompetenz im Handwerk stärken - Ausweitung der Öffentlichkeitsarbeit

Ziel und geplante Maßnahmen

Rund 10% der Berlinerinnen und Berliner haben eine Schwerbehinderung. Darunter sind Menschen, die mit einer Ausbildung auf den Arbeitsmarkt vorbereitet werden können und damit berufliche Perspektiven auf eine reguläre Beschäftigung haben. Dieses Potential stärker zu fördern und Fachkräfte für den Arbeitsmarkt zu gewinnen, ist eine wichtige Aufgabe für Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Zur Unterstützung der Betriebe und der Bewerberinnen und Bewerber mit Behinderungen für einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz bedarf es gezielter Maßnahmen zur Inklusion.

Unter anderem ist geplant:

- direkte Ansprache und unbürokratische Kommunikation über Social Media (Facebook: inklusion4u)
- Erstellung einer Informationsplattform zur Bereitstellung von Informationen (www.inklusion4u.de) zur Ausbildung und Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen
- Veröffentlichung von guten Beispielen in allen Medien (Internet, Social Media, Printmedien).

Beteiligt

- Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales

2.2. Runden Tisch zum Thema Inklusion etablieren

Ziel und geplante Maßnahmen

Ziel ist ein regelmäßiger Austausch zwischen den für Ausbildung oder Beschäftigung von Menschen mit Behinderung zuständigen Akteuren (Behörden, Institutionen etc.). Akteure sind Handwerkskammer, Rehabilitationsberatung, Beratung der Arbeitsagenturen, Integrationsamt, die Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderung, Behinderertenvertretungen, Berufsgenossenschaften etc.. Der Runde Tisch soll sich regelmäßig zu aktuellen Themen der Ausbildung und Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen austauschen. Hierbei sollen insbesondere Themen im Fokus stehen, die zum Abbau von Hürden bei der Ausbildung und Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen beitragen. Der Runde Tisch soll zudem die Akteure und Institutionen weiter vernetzen, um die Beratungsstrukturen und -angebote für KMU-Betriebe des Handwerks sowie für die Betroffenen auszubauen und transparenter zu machen. Die unabhängigen Teilhabeberatungsstellen des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) werden eingebunden.

Beteiligt

- Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales

2.3. Leitfaden für die Ausbildung und Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen in Handwerksbetrieben

Ziel und geplante Maßnahmen

Zur Unterstützung der Beratungsstrukturen wird ein Leitfaden mit praktischen Hinweisen, Ratschlägen, Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern speziell für Handwerksbetriebe erstellt. Neben FAQs, gesetzlichen Grundlagen und Hinweisen zu möglichen Behinderungen finden die Betriebe die richtigen Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner mit ihren Kontaktdaten.

Umsetzungshilfen und Informationen zum Bundesteilhabegesetz einschließlich des Budgets für Arbeit werden hier ebenfalls vorgestellt. Ebenso wird die verzahnte Ausbildung vorgestellt, in der die Betriebe gemeinsam mit einem Berufsbildungswerk (z.B. dem Annedore Leber Berufsbildungswerk) für Teilnehmende einer Reha-Ausbildung als betrieblicher Ausbildungsort fungieren. Die verzahnte Ausbildung im Handwerk sollte ausgeweitet und die Anzahl der teilnehmenden Betriebe aus dem Handwerk erhöht werden.

Der Leitfaden wird im Internet veröffentlicht und damit als „Download“ verfügbar sein. Aktuelle Informationen werden regelmäßig eingepflegt.

Beteiligt

- Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales

2.4. Grundschülerinnen und Grundschülern Einblicke in die Arbeitswelt ermöglichen

Ziel und geplante Maßnahme

Der Berliner Schulpate richtet sich an Grundschulen mit hoher sozialer Belastung (der Anteil der Kinder, die von der Zuzahlung zu Lernmitteln befreit sind, liegt bei 50% und mehr). Die Maßnahme verfolgt das Ziel, Kinder in sozial benachteiligten Kiezen frühzeitig an Berufe heranzuführen. Hintergrund ist neben dem Fachkräftemangel die Tatsache, dass die meisten dieser Kinder kaum Berufsvorbilder im familiären Umfeld erleben. Der Berliner Schulpate ermöglicht aktiv das Kennenlernen von Berufen mit Unterstützung von Praktikern, damit die Kinder sich ausprobieren und Zukunftsperspektiven kennenlernen können. Mittlerweile nehmen 27 Grundschulen am Programm des Berliner Schulpaten teil und mehr als 150 Förderer aus der Berliner Wirtschaft unterstützen sie. Die Finanzierung erfolgt überwiegend durch die privaten Sponsoren, die GASAG AG und die Berliner Volksbank. Die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales hat in den letzten Jahren bestimmte Projekte des Berliner Schulpaten gefördert. Aufgrund des von den Grundschulen angemeldeten wachsenden Bedarfs ist eine kontinuierliche finanzielle Förderung dringend erforderlich.

Beteiligt

- Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales
- Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie

2.5. Workshop und Vernetzung für engagierte Gesellinnen

Ziel und geplante Maßnahme

Mit diesem Angebot soll jungen Gesellinnen und Facharbeiterinnen im Handwerk die Chance gegeben werden, sich weiterzubilden, ihr Selbstbild zu stärken und ein berufliches Netzwerk aufzubauen. Zielsetzung ist es, konkrete Weiterbildungsperspektiven aufzuzeigen, Beratungsstellen für Frauen bekannter zu machen sowie den Gleichstellungsgedanken und die Selbstbehauptung bei den jungen Frauen zu fördern. Die bisherigen zwei Workshops unter Anleitung von qualifizierten Dozentinnen fanden große Resonanz und bestätigten die Notwendigkeit eines solchen Angebots. Dieses Workshop- und Vernetzungsangebot wird aktuell von der Handwerkskammer Berlin, der Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung und der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe finanziell und organisatorisch unterstützt. Diese gemeinsame Förderung soll fortgesetzt werden.

Beteiligt

- Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung

2.6. Informations- und Vernetzungsangebot für Unternehmerinnen im Handwerk

Ziel und geplante Maßnahme

Der gegenseitige Austausch und das Netzwerken von Frauen im Handwerk unterstützt Handwerkerinnen bei der beruflichen Weiterentwicklung. Geschäftliche und fachliche Ideen werden vorangebracht und synergetische Partnerschaften begründet. Mit einer regelmäßigen Netzwerkveranstaltung wird dieser Prozess nachhaltig gefördert.

Auch Teilnehmerinnen, die bereits über mehrere Jahre Berufserfahrung verfügen, erhalten durch Vorträge und Podiumsdiskussionen im Rahmen des Netzwerktreffens neue Impulse. Ausgewählte Fachvorträge stärken das Innovationspotenzial der teilnehmenden Frauen.

Die bisher alle zwei Jahre stattfindende Veranstaltung wird gemeinsam mit dem Landesverband Berlin „Unternehmerfrauen im Handwerk“ und dem Kompetenzzentrum für Berliner Handwerkerinnen beim Berufsbildungswerk (bfw) ausgerichtet.

Die beiden beteiligten Senatsverwaltungen unterstützen die Netzwerkveranstaltung bisher ideell. Ab 2018 sollen diese Veranstaltungen konzeptionell erweitert und politisch sowie finanziell unterstützt werden. Die Partner streben eine feste finanzielle Beteiligung pro Partner und Jahr an, um ein jährliches Angebot realisieren zu können.

Beteiligt

- Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung
- Landesverband Berlin der Unternehmerfrauen im Handwerk (UFH)
- Kompetenzzentrum für Handwerkerinnen beim Berufsbildungswerk (bfw)

2.7. **Betreuungszeiten in Kitas, Horten und in der Kindertagespflege**

Ziel und geplante Maßnahme

Um den unterschiedlichen Lebenssituationen von Familien gerecht zu werden, hält Berlin ein sehr flexibles System der Kindertagesbetreuung mit im bundesweiten Vergleich sehr langen Öffnungszeiten in Kitas und Kindertagespflege bereit. Handwerkliche Berufe, in denen Mütter und Väter im Schichtdienst, sehr früh morgens, in den Abendstunden oder an Wochenenden arbeiten, erfordern bedarfsgerechte Angebote zur Unterstützung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Hierfür steht die ergänzende Kindertagespflege für die Zeiten ab 18:00 Uhr bis 6:00 Uhr am nächsten Tag sowie an den Wochenenden und Feiertagen zur Verfügung. Um dieses Angebot noch bekannter zu machen, ist die Servicestelle MoKiS eingerichtet worden, die die Vermittlung von Tagespflegepersonen an Familien mit außergewöhnlichen Betreuungsbedarfen zum Ziel hat.

Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie und die Handwerkskammer Berlin intensivieren ihre Zusammenarbeit mit dem Ziel, die ergänzende Kindertagespflege und die Betreuung in Kitas im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter zu optimieren.

Beteiligt

- Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie

2.8. **Teilzeit in Vollzeitbeschäftigung umwandeln**

Ziel und geplante Maßnahme

Eine Tätigkeit im Gebäudereinigungshandwerk verlangt dem Personal ein hohes Maß an zeitlicher Flexibilität ab. Gebäudereinigung erfolgt vor allem auch im Bereich der öffentlichen Verwaltung fast ausschließlich zu Randzeiten. Aufgrund der Beschäftigung am frühen Morgen oder in den Abendstunden wird überproportional in Teilzeit gearbeitet.

Eine wirksame Möglichkeit, mehr Vollzeitstellen in dieser Branche zu ermöglichen, könnte in der Selbstverpflichtung der öffentlichen Hand - als wichtigster Auftraggeber - bestehen, einen Teil der nachgefragten Reinigungsdienstleistungen in der Regelarbeitszeit zuzulassen. Inwieweit dies möglich ist, soll geprüft werden.

Beteiligt

- Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales
- Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM)
- Gebäudereiniger-Innung Berlin

2.9. Gleichwertigkeit akademische/ duale Ausbildung verbessern

Ziel und geplante Maßnahme

Eine duale Berufsausbildung ist nach wie vor der Königsweg für persönliche Karrieren im Handwerk. Gleichzeitig sichert sie die Wettbewerbsfähigkeit der Handwerksbetriebe. Gerade in der Ressourcenverteilung ist eine Gleichbehandlung erforderlich. Sie bietet zugleich die Chance die Attraktivität einer dualen Berufsausbildung zu steigern. Geprüft werden soll, ob im Rahmen einer Exzellenzinitiative Duale Ausbildung die Rahmenbedingungen und Strukturen für die Ausbildung verbessert werden können.

Beteiligt

- Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales

2.10. Qualifizierungsangebote für geflüchtete Menschen kontinuierlich weiterentwickeln

Ziel und Maßnahme

Unter der Dachmarke ARRIVO BERLIN sind einige Projekte im Handwerk in der Berufsvorbereitung (z.B. Schlesische 27, FG BAU) oder der Ausbildungsbegleitung (z.B. Arrived der BGZ, Innung SHK) erfolgreich tätig. Die Erfahrungen der ersten Projektjahre zeigen, dass die Integration von Geflüchteten in den Ausbildungsmarkt besonders gut gelingt, wenn eine gezielte Berufsvorbereitung und eine kontinuierliche Begleitung in der Anfangsphase stattfinden.

Diese Projekte sollen unter Beachtung und Nutzung des neuen Fördertatbestands „Ausbildung von Geflüchteten“ weiterentwickelt werden.

Beteiligt

- Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales

2.11. Arrivo Servicebüro für Betriebe verstetigen

Ziel und geplante Maßnahme

Das Arrivo Servicebüro, das durch Berliner Wirtschaftsorganisationen getragen wird, hat mit Mitteln und Unterstützung des Landes Berlin im Sommer 2016 seine Arbeit aufgenommen. Die Ergebnisse zeigen, dass die Kombination aus Erstberatung durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Servicebüro und die sich anschließende Folgeberatung (z.B. durch die zuständigen Stellen und der Arbeitgeberservice der Bundesagentur für Arbeit) erfolgreich ist.

Das Arrivo Servicebüro soll fortgeführt und unter stärkerer Nutzung digitalisierter Beratungsangebote und direkter Beratung von Betrieben weiterentwickelt werden.

Beteiligt

- Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales

2.12. Berlin braucht dich!

Ziel und geplante Maßnahme

43% aller Berlinerinnen und Berliner unter 21 Jahren haben einen Migrationshintergrund. Zur Sicherung des Fachkräftenachwuchses ist es unerlässlich, diese Zielgruppe noch stärker in den Fokus zu nehmen und gezielt für eine Ausbildung im Dualen System zu werben.

Berlin braucht dich!, eine Initiative des Berliner Integrationsbeauftragten, setzt sich mit über 20 Sekundarschulen dafür ein, Jugendlichen aus Familien mit Migrationsgeschichte den Zugang zu einer qualifizierten Berufsausbildung zu eröffnen. Bisherige Schwerpunkte sind der öffentliche Dienst, die Berliner Unternehmen mit Landesbeteiligung und Teile der Privatwirtschaft (die Metall- und Elektroindustrie und das Hotel- und Gaststättengewerbe). Ziel ist es, das Handwerk stärker einzubinden. Erfahrungen von „Berlin braucht dich!“ sollen genutzt und Instrumente auf kleine und mittlere Betriebe des Handwerks angepasst werden.

Beteiligt

- Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales

3. Nachhaltiges Handwerk

3.1. Kunsthandwerk und Design stärken

Ziel und geplante Maßnahme

Mit den Europäischen Tagen des Kunsthandwerks (ETAK) hat die Handwerkskammer 2014 ein europaweit stattfindendes Event in Berlin etabliert. Ziel ist es, die Öffentlichkeit für Kreativität und Leistungsfähigkeit von Kunsthandwerk und Design zu sensibilisieren und zum weiteren Wachstum dieses Wirtschaftsbereiches beizutragen.

Durch eine Schirmherrschaft und repräsentative Orte für die Eröffnungsveranstaltung sowie mediale Unterstützung kann dieser für Berlin attraktive Wirtschaftsbereich weiter an Bedeutung gewinnen.

Beteiligt

- Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe

3.2. Initiative zur gewerblichen Standortsicherung und Flächenvorsorge

Ziel und geplante Maßnahme

Berlin wächst rasant. Während die Einwohnerzahl Ende 2014 bei rund 3,4 Millionen lag, geht die Bevölkerungsprognose 2015-2030 für das Jahr 2030 bereits von 3,83 Millionen aus. Die „Wachsende Stadt“ benötigt mehr Wohnungen, mehr Arbeitsplätze und Flächen für Gewerbe- und Industrieansiedlungen bei gleichzeitiger Sicherung des Bestands.

Auf Landes- und Bezirksebene sollen unter Einbeziehung der Handwerkskammer geeignete Maßnahmen entwickelt werden, um Gewerbestandorte und -flächen zu erhalten.

Beteiligt

- Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen

3.3. Verpflichtenden hydraulischen Abgleich einführen

Ziel und geplante Maßnahme

Der hydraulische Abgleich von Heizungsanlagen stellt sicher, dass alle angeschlossenen Heizkörper in den einzelnen Etagen mit der richtigen Wärmemenge beaufschlagt werden. Gleichzeitig wird gewährleistet, dass die Heizungspumpe auf das adäquate Niveau eingestellt wird.

Diese kostengünstig umzusetzende Maßnahme führt objektabhängig nicht nur zu Heizkosteneinsparungen von durchschnittlich 3 bis 5%, sondern auch zu entsprechenden CO₂-Einsparungen. Bislang sind in Berlin nur 11,4% der Heizungsanlagen hydraulisch angeglichen (Stand 2012).

In der Berliner Überprüfungsordnung könnte verankert werden, dass dem zuständigen bevollmächtigten Schornsteinfeger mit der Bescheinigung zur Inbetriebnahme einer neuen Heizung oder Außerbetriebnahme der alten Heizung, z.B. bei Fernwärmeanchluss, ein Nachweis über den erfolgten hydraulischen Abgleich vorgelegt wird. Dabei könnte dem Heizungsbauer auch die Möglichkeit eingeräumt werden, bei einem Heizungstausch auch die Unwirtschaftlichkeit der Maßnahme zu bescheinigen.

Beteiligt

- Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz
- Innung Sanitär Heizung Klempner Klima Berlin
- Schornsteinfeger-Innung Berlin

3.4. Brennwertcheck – Optimierung von Brennwertheizungen

Ziel und geplante Maßnahme

Der Brennwertcheck ist neben dem hydraulischen Abgleich eine weitere kostengünstig zu realisierende Maßnahme, die bei der Durchführung erhebliche CO₂- und Kosteneinsparungen (bis zu 10%) erwarten lässt.

Bei Einführung des hydraulischen Abgleichs sollte dieser bei Gas- und Ölheizungen optional mit einem kostenpflichtigen Brennwertcheck verbunden werden. Dieses kostengünstige Instrument (ca. 150 Euro) kann aber auch bei jeder Wartung mit angeboten werden. Dabei überprüft der/die Installateur/-in oder Schornsteinfeger/-in, ob die Brennwertheizung tatsächlich den Brennwerteffekt ausnutzt. Bei Defiziten regelt die Installateurin oder der Installateur soweit notwendig die Heizungsanlage nach. Eine Informationskampagne sowie eine finanzielle Unterstützung könnte diese Bereitschaft der Hauseigentümer fördern.

Beteiligt

- Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz
- Innung Sanitär Heizung Klempner Klima Berlin
- Schornsteinfeger-Innung Berlin

3.5. Initiative zur Vermeidung von Einwegbechern

Ziel und geplante Maßnahme

Pro Jahr fallen allein in Berlin durch sogenannte Coffee-To-Go-Becher 2.400 Tonnen Abfall an. Sie verschmutzen Parks und Spielplätze und sind eine extreme Ressourcenverschwendung. Gemeinsam mit dem Bäcker- und Konditorenhandwerk unterstützt die Handwerkskammer die Berliner Initiative zur Vermeidung von Einwegbechern. Durch eine praxisnahe, unbürokratische Lösung - Refill- und Mehrwegbechersystem - könnte ein erheblicher Anteil von Einwegbechern eingespart werden. Entscheidend für die Akzeptanz durch die Handwerksbetriebe ist eine verbindliche und berlinweite Regelung der hygienischen Aspekte eines solchen Mehrweg-Konzeptes, das von allen Veterinär- und Lebensmittelaufsichtsämtern der Bezirke akzeptiert wird. Mit der Berliner Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung wurde zwischenzeitlich eine Abstimmung erzielt.

Das Refill-System unter dem Titel #betterworldcup wurde im Rahmen einer Pressekonferenz am 14. Juli 2017 öffentlich vorgestellt. Bis November 2017 haben sich über 700 Kaffee ausschenkende Stellen daran beteiligt. Das geplante einheitliche Pfandbechersystem kann aus Wettbewerbsgründen zwar nicht behördlich verordnet werden, aber im Rahmen von Kooperationen von Anbietern vorangebracht werden. Die Handwerkskammer ist bereit, ihre Mitglieder über marktweit aufgestellte Pfandsysteme mit umweltentlastender Wirkung zu informieren und so zur Verbreitung beizutragen.

Beteiligt

- Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz
- Bäcker-Innung Berlin
- Konditoren-Innung Berlin

3.6. Handwerker-Ticket im ÖPNV– Attraktivität steigern

Ziel und geplante Maßnahme

Um den Beschäftigten im Handwerk einen Anreiz zum Umstieg auf den ÖPNV zu geben, soll die Attraktivität des Jobtickets gesteigert werden. Wichtig für den Erfolg der Maßnahme wäre auch die Möglichkeit, Pendlerinnen und Pendler aus der Wirtschaftsregion Berlin-Brandenburg in das Angebot zu integrieren. Mit einer Fachgruppe (AG Tarife) wird Anfang 2018 geprüft, inwieweit eine Steigerung der Attraktivität des Berliner Jobtickets möglich ist. Die Handwerkskammer Berlin wird dabei eingebunden.

Beteiligt

- Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz

3.7. Ehrenamt im Handwerk stärken

Ziel und geplante Maßnahme

Die Handwerkskammer Berlin und das Land Berlin bauen ihre Zusammenarbeit im Bereich Ehrenamt aus, um die ehrenamtliche Tätigkeit, u.a. in der Selbstverwaltung, zu stärken. Dazu können ein „Tag des Ehrenamtes“ sowie die gemeinsame Bewerbung und Würdigung der ehrenamtlichen Tätigkeit von Arbeitgeberinnen und -gebern sowie Arbeitnehmerinnen und -nehmern beitragen.

Allein bei den jährlichen Prüfungen sind über 1400 ehrenamtliche Prüferinnen und Prüfer im Berliner Handwerk aktiv. Hinzu kommt das Engagement in der Vollversammlung und zahlreichen Ausschüssen und Foren.

Der „Tag des Ehrenamtes“ soll erstmals in 2019 stattfinden. An diesem Tag werden ehrenamtlich tätige Handwerksmeisterinnen und Handwerksmeister, Unternehmerinnen und Unternehmer und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für ihr ehrenamtliches Engagement geehrt, das zur Stärkung der Handwerkswirtschaft beiträgt. Die Ehrung kann durch eine geeignete Anerkennungskultur erfolgen. Mit der Würdigung sollen Dank und Anerkennung durch bestimmte Schirmherren auch aus dem öffentlichen Bereich ausgesprochen werden. Sie soll Ansporn für weiteres Engagement sein.

Beteiligt

- Der Regierende Bürgermeister von Berlin - Senatskanzlei
- Junioren des Handwerks Berlin e.V.
- Landesverband Berlin der Unternehmerfrauen im Handwerk (UFH)

3.8. Reparaturnetzwerk aufbauen

Ziel und geplante Maßnahme

Zur lokalen Wertschöpfung und Abfallvermeidung wird ein Netzwerk von Handwerksbetrieben etabliert, die den Schwerpunkt ihrer Tätigkeit im Reparatursektor haben. Ziel ist es, Angebote besser berlinweit zu vermarkten und den Reparatursektor nachhaltig zu stärken und wichtige Ressourcen zu schonen. Erfolgreiche Aktivitäten wie der Berliner Reparaturatlas und das Reparaturnetzwerk der Stadt Wien können hierbei als Vorbild dienen.

Beteiligt

- Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz
- Berliner Stadtreinigungsbetriebe (BSR)

4. Zukunft Handwerk

4.1. Informationszentrum Handwerksberufe aufbauen

Ziel und geplante Maßnahme

Ausbildungs- und Arbeitsplätze zu besetzen, wird für Berliner Handwerksbetriebe immer schwieriger. Zur Unterstützung der Handwerksunternehmen soll ein Informationszentrum für Handwerksberufe an einem zentralen Ort aufgebaut werden.

Als Erstanlaufstelle soll diese durch moderne Kommunikationsmittel, aber auch durch persönliche Beratung über Handwerksberufe und eine Ausbildung im Handwerk informieren. Dabei soll durch Praxisangebote das Interesse für einen Handwerksberuf geweckt werden.

Beteiligt

- Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales
- Innungen des Berliner Handwerks
- WHdl Service GmbH Berlin
- Landesverband Berlin der Unternehmerfrauen im Handwerk (UFH)

4.2. Tag der offenen Werkstätten

Ziel und geplante Maßnahme

Um die Vielfalt und die Bedeutung des Handwerks zu zeigen, öffnen am Tag des Handwerks Betriebe und Fachschulen unterschiedlicher Gewerke ihre Türen für die interessierte Öffentlichkeit und gewähren einen Einblick in ihre Arbeit. Durch eine Schirmherrschaft und Öffentlichkeitsarbeit wird diese Initiative unterstützt.

Beteiligt

- Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe

4.3. Leistungsfähigkeit der OSZ für die Aufgaben in der Dualen Ausbildung erhalten

Ziel und geplante Maßnahme

Bereits heute steht die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie vor der Herausforderung den Bedarf an Lehrkräften an den Oberstufenzentren (OSZ) zu sichern. Neben den fehlenden Fachlehrerinnen und Fachlehrern, insbesondere in den gewerblich-technischen Fächern, gibt es in einigen OSZ auch einen Nachholbedarf bezüglich der Anforderungen, die aus der Digitalisierung der Arbeitswelt und Berufsausbildung resultieren. Geprüft werden soll die Schaltung überregionaler Werbung für das Lehramt an den Berliner Berufsschulen sowie eine Strategie für eine nachhaltige Modernisierung der Berufsschulen im Hinblick auf die Anforderungen der Digitalisierung.

Beteiligt

- Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie

4.4. Leistungsklassen - Einführung des Berufsabiturs

Ziel und geplante Maßnahme

Für leistungsstarke Jugendliche mit mittlerem Bildungsabschluss soll die Einrichtung eines neuen Bildungsgangs geprüft werden. Das Berufsabitur soll gleichzeitig zu einem dualen Berufsabschluss (Gesellenprüfung) als auch zur allgemeinen Hochschulreife (Abitur) führen. Dies wurde in der Sonderkommission Ausbildungsplatzsituation und Fachkräftesicherung unter Leitung des Regierenden Bürgermeisters bereits beschlossen. Der neue Bildungsgang soll beispielhaft für den Beruf Anlagenmechaniker/-in SHK (Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik) konzipiert und erprobt werden.

Beteiligt

- Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie

4.5. Öffentlichkeitsarbeit für das Handwerk

Ziel und geplante Maßnahme

Um ihrer Verbundenheit noch stärker Ausdruck zu verleihen, unterstützt die Politik öffentlichkeitswirksam das Berliner Handwerk durch Schirmherrschaften, Teilnahme an Preisverleihungen, Freisprechungen und weiteren Veranstaltungen. In öffentlichen Einrichtungen des Landes wird die Imagekampagne des Handwerks präsentiert und für das Handwerk geworben.

Beteiligt

- Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales

4.6. Stärkung der Kontrollgruppe nach dem Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetz

Ziel und geplante Maßnahme

Im Jahre 2014 wurde eine zentrale Kontrollinstanz geschaffen, die stichprobenartig überprüft, ob Firmen, die den Zuschlag erhalten und sich verpflichtet haben, die Regelungen des Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetzes (BerlAVG) beachten. Die Kontrollgruppe ist bei der für Wirtschaft zuständigen Senatsverwaltung angesiedelt. Sie überprüft ausschließlich auf Antrag der öffentlichen Auftraggeber des Landes Berlin die Auftragnehmer sowie deren Nachunternehmer und Verleiher. Eigene Hoheitsbefugnisse bestehen nicht, da die Beauftragung der Kontrollgruppe ebenso wie die Auftragsvergabe selbst zivilrechtlich erfolgen. Inhaltlich wird kontrolliert, ob für die Dauer der Auftragsdurchführung die Mindestentlohnung oder die Regelungen zur Tariftreue eingehalten, Frauenfördermaßnahmen durchgeführt wurden sowie Grundsätze der umweltgerechten Beschaffung und ILO-Kernarbeitsnormen Beachtung fanden. Voraussetzung ist, dass die Auftragnehmer sowie deren Nachunternehmer und Verleiher sich schriftlich zur Einhaltung der jeweiligen Maßnahmen verpflichten und diese Vertragsbestandteil sind.

Derzeit umfasst die Kontrollgruppe sieben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Im Rahmen einer Novellierung des BerlAVG soll geprüft werden, ob Vergabestellen gesetzlich verpflichtet werden können, der zentralen Kontrollgruppe Aufstellungen über vergebene Aufträge zu übermitteln sowie Vergabeakten auf Anforderung vorzulegen.

Eine Verbesserung des gewünschten Ergebnisses kann aus Sicht des Handwerks nur erreicht werden, wenn die Kontrollgruppe aus eigener Initiative Stichprobenkontrollen durchführen könnte.

Beteiligt

- Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe

4.7. Bekämpfung von Schwarzarbeit

Ziel und geplante Maßnahme

Zur Vermeidung von Schwarzarbeit bei der Vergabe von Leistungen des Bauhauptgewerbes sollte das Weißbuch Bau genutzt werden. Das Weißbuch Bau der Sozialkasse richtet sich an Auftraggeberinnen und Auftraggeber, die in der Region Berlin/ Brandenburg Bauhauptleistungen vergeben möchten und sich vorher objektiv über die personelle und fachliche Leistungsfähigkeit der infrage kommenden Bauhauptbetriebe informieren wollen. Über die eingetragenen Bauhauptbetriebe sind regelmäßig aktualisierte Informationen über die Anzahl der Beschäftigten und dem sich daraus ergebenden Vollzeitkräfteanteil sowie den Anteil der beschäftigten Fachkräfte zu erhalten. Durch Nutzung des Weißbuchs im Vorfeld von öffentlichen Vergaben kann die vergebende Stelle wichtige Informationen über die Fachkunde, Zuverlässigkeit und Leistungsfähigkeit der Bieter erhalten und Schwarzarbeit und/ oder illegale Beschäftigung vermieden werden.

Es soll geprüft werden, inwieweit das Weißbuch der Sozialkasse künftig verstärkt im Rahmen öffentlicher Auftragsvergaben genutzt werden kann.

Beteiligt

- Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen
- Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales